

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental

Im Zentralen Aufnahmeheim in Röntgental (ZAH) bei Berlin wurde ab 1979 die Mehrzahl derjenigen überprüft, die aus der Bundesrepublik in die DDR übersiedeln wollten. Ein Bericht der Stasi dokumentiert den tristen Alltag dort.

Das Zentrale Aufnahmeheim für Übersiedler und Rückkehrer (ZAH) unterstand dem Ministerium des Innern (MdI), doch in der Praxis führte die Stasi hier die Regie. Die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII, Abteilung 3 des MfS verhörten die Aufnahmeversuchenden und schleusten Inoffizielle Mitarbeiter in das Heim ein, die auftragsgemäß Rückkehrer bzw. Zuziehende und auch die Beschäftigten des Aufnahmeheims bespitzelten. In den späten achtziger Jahren war zudem der Leiter der Heims zugleich Offizier im besonderen Einsatz (OibE) der Stasi.

Der Heimaufenthalt sollte die Übersiedler auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft vorbereiten. Vor allem jedoch wollte die Stasi dort prüfen, wie ernst es den Neuankömmlingen mit einer Übersiedlung in die DDR war, denn stets wurde das Einschleusen feindliche Spione befürchtet. Gleichzeitig wollte die Stasi durch die Befragungen selbst wichtige Details über Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik sowie die westlichen Notaufnahmelager in Erfahrung bringen. Wenn möglich sollten Aufnahmeversuchende sogar mit einem Spionageauftrag noch einmal in die Bundesrepublik zurückkehren und sich so ihre Aufnahme in die DDR "verdienen". Aufgenommen wurde nur, wer nach Ansicht der Stasi nützlich und integrierbar erschien. Zurückgewiesen wurde, wer der Geheimpolizei politisch missliebig, kriminell, "asozial", "arbeitsscheu" oder psychisch krank erschien.

Der Bericht der Hauptabteilung VII/3 zeigt den "vorgegebenen Regimeablauf" im Heim, was der "Sicherheit und Ordnung" dienen sollte: Ein strikter Zeitplan regelte Essens-, Schlafens- und Arbeitszeiten. Meist dauerte der Aufenthalt in Röntgental mehrere Wochen, teilweise aber auch zwei oder drei Monate. In dieser Zeit durften die Übersiedler das Gelände nicht verlassen und wurden wiederholt von Stasi und Volkspolizei verhört.

Der Bericht lässt die Lebensbedingungen im Heim, die nach Berichten von Übersiedlern denen in einem Gefängnis glichen, nur erahnen. Abschottung und Drangsalierung der Rückkehrer und Zuziehenden führten in einigen Fällen zum Suizid bzw. entsprechenden Versuchen.

---

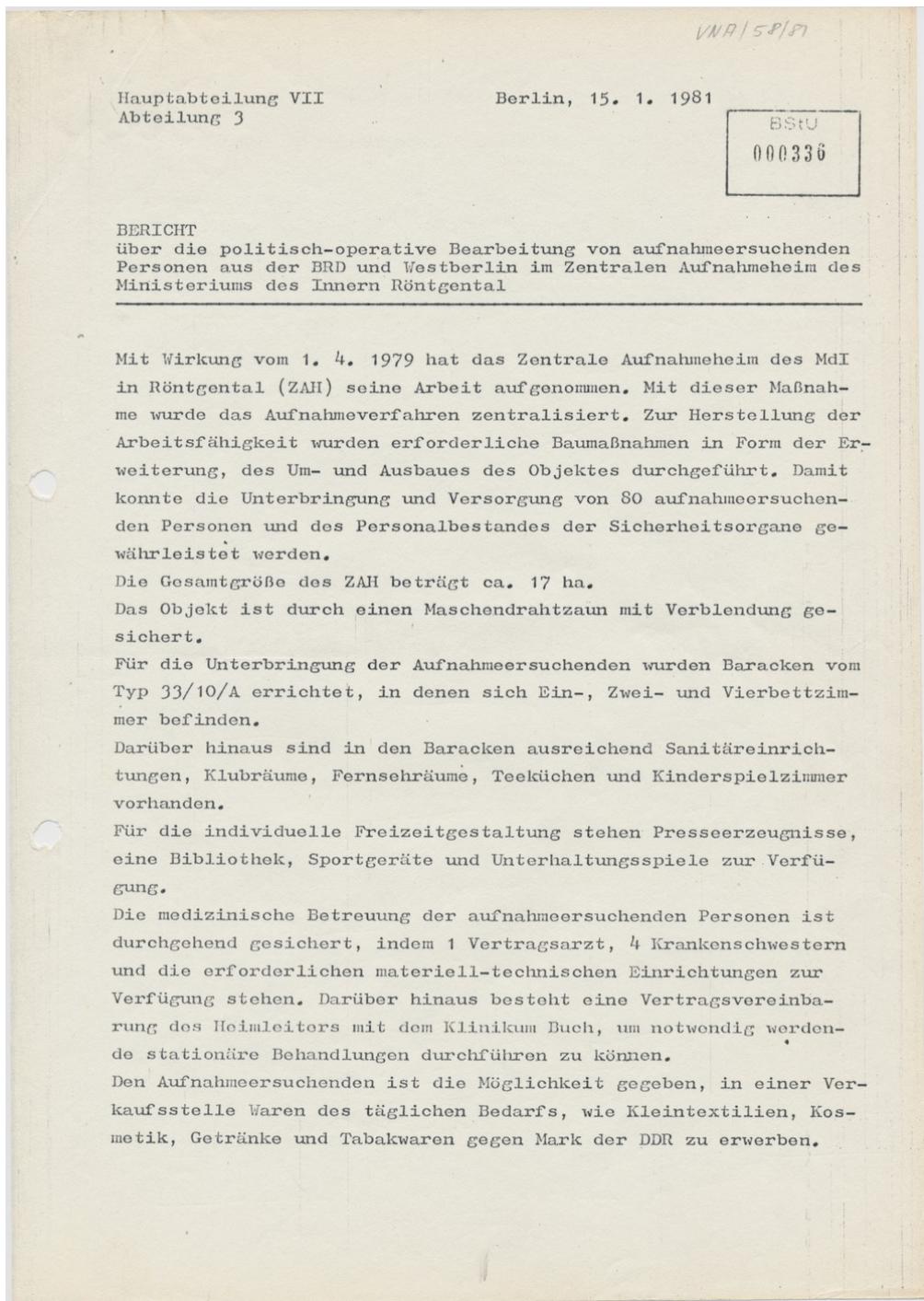
**Signatur:** BArch, MfS, ZKG, Nr. 1101, BL 336-342

---

### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung VII,      Datum: 15.1.1981  
Abteilung 3

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental



**Signatur:** BArch, MfS, ZKG, Nr. 1101, BL 336-342

Blatt 336

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental

BStU  
000338 2

Zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Objekt unterliegen die Aufnahmeversuchenden einem vorgegebenen Regimeablauf.

Um 06.30 Uhr ist Wecken,  
07.30 Uhr bis 08.00 Uhr Frühstück.

Danach erfolgen Befragungen. Personen, die nicht darunter fallen, haben die Möglichkeit, auf freiwilliger Grundlage Arbeiten durchzuführen, welche durchschnittlich mit einem Stundenverdienst von 3,00 Mark vergütet werden.

Die Unterbringung, Versorgung und Betreuung im ZAH erfolgt kostenlos. Außerdem erhält jeder Aufnahmeversuchende ein Tagegeld von 2,00 Mark zur persönlichen Verwendung.

Von 11.45 Uhr bis 12.15 Uhr wird das Mittagessen und von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr das Abendbrot eingenommen.

Die Abendstunden stehen für den Besuch von Veranstaltungen im ZAH sowie die persönliche Freizeitgestaltung zur Verfügung.  
Die allgemeine Nachtruhe tritt ab 22.00 Uhr ein.

Während der Dauer ihres Aufenthaltes im ZAH können die Aufnahmeversuchenden aus Sicherheitsgründen das Objekt nicht verlassen, da sie als BRD-Bürger bzw. Einwohner von Westberlin bis zur abschließenden Bearbeitung und Entscheidung ihres Antrages im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen dafür keine Berechtigung erhalten können. Es besteht jedoch die Möglichkeit, uneingeschränkt postalische Verbindungen zu unterhalten. Darüber hinaus sind Besuche ihrer Angehörigen bzw. Bezugspartner aus der DDR im ZAH möglich. In Ausnahmefällen können auch Telefonate zu Personen innerhalb der DDR geführt werden.

Die Betreuung der Aufnahmeversuchenden im ZAH erfolgt durch die Mitarbeiter Innere Angelegenheiten/Bereich Kultur. Die massenpolitisch-kulturelle Arbeit hat das Ziel, diese Personen mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR ver-

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental

BStU  
000339 3

traut zu machen und die Eingliederung vorzubereiten. Dazu werden ehrenamtliche Mitarbeiter der "URANIA" sowie Mitarbeiter des Staatsapparates herangezogen.

So wurden zum Beispiel im Zeitraum vom 1. 1. 1980 bis 31. 3. 1980 32 Vorträge durch diesen Personenkreis gehalten. Durch Eigeninitiative der Mitarbeiter Kultur im ZAH wurden im gleichen Zeitraum 8 Dia- und Diatonvorträge über die geschichtliche Entwicklung in der DDR sowie auch mit schöpferischem Inhalt organisiert. Im gleichen Zeitraum fanden 21 Filmveranstaltungen statt, deren Inhalt von politisch-gesellschaftlichen Anliegen bis zur Unterhaltung reichte.

Darüber hinaus wurden 21 gesellige Veranstaltungen, wie Wein- und Musikabende, und 5 Sportveranstaltungen durchgeführt.

Es kann eingeschätzt werden, daß die Teilnahme an diesen Veranstaltungen, die auf freiwilliger Basis beruht, sehr hoch ist. Trotz dieser erreichten Ergebnisse wird ständig daran gearbeitet, die Anzahl der Veranstaltungen sowie deren Qualität zu erhöhen.

Die Arbeitsgruppe der Deutschen Volkspolizei/Kriminalpolizei im ZAH ist auf der Grundlage der Dienstvorschrift 032/78 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei für die Bearbeitung der Aufnahmeverfahren verantwortlich.

Personen, die an einer Grenzübergangsstelle zur DDR um Aufnahme ersuchen, werden durch Kräfte des jeweiligen Volkspolizeikreisamtes in das ZAH überführt. Im ZAH erfolgt in der Vorprüfungsstation (Quarantäne) eine Sicherheitsüberprüfung sowie eine Kontrolle des Gesundheitszustandes, um zu verhindern, daß ansteckende Krankheiten eingeführt werden.

Durch den Heimleiter erfolgt anschließend eine personenbezogene Begrüßung auf der Grundlage eines vorbereiteten Textes.

Der Aufenthalt in der Vorprüfungsstation beträgt in der Regel 24 Stunden. Danach erfolgt die Verlegung in die Unterkunftsbaracken.

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmehaus Röntgental

BStU  
000340 4

Eine Aufforderung, die Angestellten im ZAH mit "Sachbearbeiter" anzusprechen, wird den Aufnahmeversuchenden nicht vorgegeben. Auf Grund dessen, daß die Angestellten und Mitarbeiter aus Sicherheitsgründen ihre Namen nicht mitteilen, hat sich im Verlauf der Zeit die Ansprache mit "Sachbearbeiter" ergeben.

Wird ein Aufnahmeverfahren mit der Entscheidung Aufnahme abgeschlossen, so reist die Person mit den erforderlichen Dokumenten selbstständig in das Bezirksheim bzw. bei Direkteinweisungen zu ihrem Bezugspartner.

Bei Ablehnung der Aufnahme und Rückweisung erfolgt die Überführung der Person zur Grenzübergangsstelle durch VP-Kräfte des ZAH.

Bisher wurden (1. 4. 1979 bis 31. 12. 1980)

### 915 Aufnahmeverfahren

im ZAH Röntgental einer politisch-operativen Überprüfung und Bearbeitung unterzogen.

Davon 716 Zuziehende  
199 Rückkehrer

und 380 Männer  
457 Frauen  
78 Kinder.

Die soziale Zusammensetzung weist dabei aus:

228 Arbeiter  
3 Bauern  
13 Handwerker  
31 Intelligenz  
23 Studenten  
398 Rentner  
78 Kinder  
141 Sonstige.

Es wurde entschieden:

311 Rückweisungen  
592 Aufnahme  
12 zur Zeit noch keine Entscheidung

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental

BStU  
000341

5

Die Hauptgründe der Antragstellungen zur Aufnahme bzw. Wiederaufnahme waren bisher:

- Familienzusammenführung
- Eheschließung
- Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse
- Arbeitslosigkeit/soziale Not.

Im gleichen Zeitraum wurden

387 Aufnahmeersuchende

davon 103 Rückkehrer

14 Männer

81 Frauen

8 Kinder

und 284 Zuziehende

76 Männer

206 Frauen

2 Kinder

ohnen einen Aufenthalt im ZAH in die Bezirke der DDR eingewiesen.

Die Gründe dafür liegen vorwiegend im humanitären Bereich bei

- hohen Altersgrenzen
- angegriffenem Gesundheitszustand
- als auch im staatlichen Interesse.

Durch die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII im ZAH erfolgt die politisch-operative Überprüfung der Aufnahmeersuchenden auf der Grundlage der Dienstanweisung 1/79 des Ministers für Staatssicherheit mit dem Ziel, zu verhindern, daß feindlich-negative Kräfte und solche Personen, die im Auftrage des Gegners einen Antrag auf Verleihung der Staatsbürgerschaft der DDR stellen, ständigen Wohnsitz in der DDR erhalten.

Darüber hinaus werden zu operativ interessierenden Problemen aus dem Operationsgebiet diese Personen abgeschöpft.

## Überwachung von Rückkehrern und Zuziehenden im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental

BStU  
000342 6

Auf Grund der räumlichen Möglichkeiten sind die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII sowie die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe DVP/Kriminalpolizei und des Bereiches Innere Angelegenheiten im ZAH getrennt untergebracht.

Um den Charakter der Arbeitsbereiche MfS und DVP den Aufnahmeversuchenden gegenüber zu verschleiern, werden die Befragungsräume in beiden Objekten von den Mitarbeitern beider Bereiche im Wechsel genutzt.

Die bisherigen Erfahrungen haben unter anderem gezeigt, daß durch die Mehrheit der Aufnahmeversuchenden alle Kräfte, die am Aufnahmeverfahren arbeiten, durchweg als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit bezeichnet werden.

Durch die Aufenthaltsdauer im ZAH haben diese objektive Möglichkeiten, sich innerhalb des Territoriums frei zu bewegen, was dazu führt, daß sie in der Lage sind, visuell die sich darin befindlichen Objekte festzustellen und die Funktionen derselben zu erkennen.

Operative Ergebnisse beweisen, daß gegnerische Kräfte zurückgewiesene Aufnahmeversuchende aus dem Aufnahmeheim bei ihrer Ankunft in der BRD Befragungen über Regimefragen zum ZAH unterziehen. Entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten werden ständig Anstrengungen unternommen, um durch mögliche Änderung im Regimeablauf die Aufklärung der Arbeit des ZAH durch Aufnahmeversuchende zu erschweren.

Es kann zusammenfassend eingeschätzt werden, daß die bisherigen Ergebnisse zeigten, daß sich die Zentralisierung des Aufnahmeverfahrens und die dazu erlassenen Befehle, Weisungen und Ordnungen bewährt haben.

An der Überwindung und Beseitigung noch vorhandener Mängel und Schwächen, die nicht grundsätzlicher Natur sind, insbesondere in der Organisation und Betreuung der Aufnahmeversuchenden im ZAH, wird im Zusammenwirken mit den verantwortlichen Leitern der Bereiche DVP und Innere Angelegenheiten gearbeitet.